

<b>Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>		<b>3. Sitzungsprotokoll</b>	
<b>19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft</b>		<b>2015 - 2019</b>	
<b>Sitzungstag:</b>  05.11.2015	<b>Sitzungsbeginn:</b>  14.30 Uhr	<b>Sitzungsende:</b>  16:30 Uhr	<b>Sitzungsort:</b>  Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen
<b>Teilnehmer / innen:</b> siehe anl. Anwesenheitsliste			
<b>Vorsitz:</b> Dr. Dr. Buhlert			

Dr. Dr. Buhlert begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

**TOP 1:**

Die Deputation beschließt die Berichtsbitte der FDP-Fraktion „Organisation der Behörde für Verbraucherschutz“ nicht in der städtischen Sitzung in der staatlichen Sitzung unter dem TOP „Verschiedenes“ zu behandeln.

Die Deputation beschließt folgende Tagesordnung.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 01.10.2015
TOP 3	Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik
TOP 4	Entwurf einer Bremischen Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1
TOP 5	Entwurf einer Verordnung über die unschädliche Beseitigung von Heimtierkörpern
TOP 6	Krankenhausinvestitionsprogramm 2015
TOP 7	Geschäftsbericht der Ethikkommission des Landes Bremen für das Jahr 2014
TOP 8	Sitzungstermine Deputation 2016
TOP 9	Verschiedenes

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 01.10.2015</b>
<b>Beschluss:</b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 01.10.2015 in der geänderten Fassung zu.	

<b>TOP 3</b>	<b>Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (Vorlage L-24-19)</b>
--------------	---

Die Deputation fast einstimmig nachfolgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) zu.

<b>TOP 4</b>	<b>Entwurf einer Bremischen Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 (Vorlage L-20-19)</b>
--------------	--

Die Deputation fast einstimmig nachfolgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Bremischen Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 zu.

<b>TOP 5</b>	<b>Entwurf einer Verordnung über die unschädliche Beseitigung von Heimtierkörpern (Vorlage L-19-19)</b>
--------------	---

Die Deputation fast einstimmig nachfolgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die unschädliche Beseitigung von Heimtierkörpern zu.

<b>TOP 6</b>	<b>Krankenhausinvestitionsprogramm 2015 (Vorlage L-21-19 /S-5-19)</b>
--------------	---

Rainer Bensch (CDU) moniert, dass angesichts des Gesamtbedarfs der GeNo die ausgewiesenen Kosten zu niedrig seien. Die Bedarfe sind in Anlage II deutlich höher ausgewiesen, darüber hinaus sei der Teilersatzneubau nicht ausreichend berücksichtigt. Peter Erlanson (Die Linke) bemängelt, dass die Kosten für den Neubau des städtischen Krankenhauses an der Bismarckstraße nicht erwähnt seien, weil das Großvorhaben nicht mit staatlichen Zuschüssen, sondern über Kredite finanziert werde. Dies sei ein Grund dafür, dass Bremen im Ländervergleich der Klinik-Investitionen gut abschneide. Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) gibt dem Einwand von Herrn Bensch und Herrn Erlanson recht, betont aber, dass die Erhöhung der Investitionssumme um 10 Millionen Euro auf 38 Millionen Euro durch das Land Bremen angesichts der Haushaltssituation hoch sei, aber eben nicht ausreichend und fordert, dass Bremen beim Bund vorstellig wird und für eine andere, monistische Förderung der Krankenhäuser wirbt. Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90 Die Grünen) sagt die Eckwerteerhöhung um weitere 10 Millionen Euro sei eine bemerkenswerte Leistung Bremens betont aber ebenfalls, dass der Bund sich an der Krankenhausfinanzierung mehr beteiligen müsste. Ste-

phanie Dehne (SPD) verweist darauf, dass es eine besondere Betonung verdient, wenn trotz der schwierigen Lage des öffentlichen Haushalts die Förderung insgesamt um zehn Millionen Euro erhöht worden sei. Das sei im Ländervergleich eine enorme Leistung. Ein anderes Krankenhausfinanzierungssystem könne nur bundespolitisch erreicht werden. Allerdings müsse man sehen, dass Investitionen in das Krankenhaussystem als Daseinsvorsorge zu betrachten seien und damit Aufgabe der Länder und Kommunen bleiben werde. Dehne betont außerdem die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen im Land Bremen. Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück und Senatorin Eva Quante-Brandt bedanken sich beim Haushaltsgesetzgeber und nennen die Summe „beachtlich“. Wichtig sei aber eine ähnlich hohe Veranschlagung in den Haushalten der Folgejahre. Staatsrat Kück verweist auf die verabredeten Planungen – kofinanziert von Bund und Ländern - im Rahmen des sogenannten Strukturfonds, wobei die Frage sei, ob diese Zahlungen ebenfalls verstetigt werden könnten. Diese Frage müssten zukünftig vom Haushaltsgesetzgeber für die Haushalte 2016 und 2017 beantwortet werden. Herr Erlanson stimmt zu, dass mehr im Bereich Krankenhausinvestitionen getan würde als in den Vorjahren. Herr Erlanson relativiert die geplante Summe von 38 Millionen an Investitionen, eine ähnliche hohe Summe müsse allein das Klinikum Bremen Mitte zur Finanzierung seiner medizinisch-technischen Abteilung selbst generieren. Dr. Kirsten Kappert-Gonther betont wie wichtig die von Senatorin und Staatsrat begonnenen Gespräche mit Niedersachsen in Bezug auf eine gemeinsame Krankenhausplanung seien: das wäre noch vor vier Jahren nicht möglich gewesen. Langfristig müsse man gemeinsam in der Region planen und wünscht der Senatorin und dem Staatsrat viel Glück für die weiteren Gespräche.

Dr. Dr. Buhlert stellt eine Nachfrage zu Satz 2:

Herr Schneider-Heyer (SWG) antwortet, dies bedeutet, falls Geld nicht abgerufen würde, sie für ähnliche gelagerte Güter ausgegeben werden können.

Bei Enthaltung der Fraktionen CDU, Die Linke und FDP wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen folgender Beschluss gefasst.

**Beschluss:**

1. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Investitionsprogramm 2015 und der vorgesehenen Mittelverwendung zu.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, die im Haushaltsjahr 2015 ggf. nicht vollständig abfließenden investiven Fördermittel zur vorzeitigen Ablösung bestehender Haushaltsverpflichtungen zu Gunsten der geförderten Krankenhäuser zu verwenden.

<b>TOP 7</b>	<b>Geschäftsbericht der Ethikkommission des Landes Bremen für das Jahr 2014 (Vorlage L-22-19)</b>
--------------	---

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) betont die Leistungen der ehrenamtlichen Ethikkommission. Die Deputation bittet die Senatorin und den Staatsrat der Ethikkommission ihren ausdrücklichen Dank zu übermitteln. Senatorin und Staatsrat schließen sich an und kündigen an, sich auch im Namen der Deputation bei der Kommission zu bedanken.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Ethikkommission des Landes Bremen über das Jahr 2014 zur Kenntnis.

**TOP 8 Sitzungstermine Deputation 2016  
(Vorlage L-23-19 / S-6-19)**

Die Verwaltung verweist zu Beginn der Sitzung auf gegenüber den versandten Terminen veränderte Terminvorschläge hin, die in einer Neufassung auf den Tischen ausliegen.

Demnach wird die Sitzung vom 28. Januar 2016 auf den 5. Februar verschoben und der Sitzungsbeginn an den Tagen 10.3./9.6./18.8./15.9./3.11. wird auf 15.15 Uhr verschoben.

**Beschluss:**

Die staatliche bzw. städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den vorgenannten und veränderten Sitzungsterminen zu.

**TOP 9 Verschiedenes**

Berichtsbitte der Fraktion der FDP „Organisation der Behörde für Verbraucherschutz“:

Die Senatorin erklärt, dass 1. zukünftig die Abteilung 4 „Gesundheit“ in Abteilung 4 „Gesundheit und Verbraucherschutz“ umbenannt wird. Verbraucherschutz wird in verschiedenen Referaten behandelt. 2. Zukünftig wird das Referat 42, das für Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und Pflanzenschutz zuständig ist, auch für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz, der bisher beim Wirtschaftssenator verortet war, zuständig sein. 3. Des Weiteren werden Elemente des technischen und gesundheitlichen Verbraucherschutzes aus den Referaten 43, 44 und 45 zukünftig durch eine neu zu schaffende Stelle bei der Abteilungsleitung koordiniert. Diese Koordinationsstelle wird außerdem dafür zuständig sein, die Öffentlichkeit über Verbraucherschutzfragen zu informieren. U.a. soll eine Dialogplattform Verbraucherschutz gegründet werden, zum Austausch der relevanten Akteure über verbraucherschutzrechtliche Fragen und ein Internetangebot entwickelt werden. 4. Eine Weiterentwicklung der Verbraucherschutzstrategie von 2009 wird erarbeitet und bald präsentiert. 5. Die Verbraucherschutzzentrale und ihr Haushalt werden in die Verantwortung des Ressorts SWGV überführt.

Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) fragt, ob nur der Haushalt vom Senator für Wirtschaft. Arbeit und Häfen oder auch die Stellen aus dem Ressort SWAH in das Ressort der SWGV überführt werden? Die Senatorin erklärt, dass auch die Stellen übertragen werden sollen. Rainer Bensch (CDU) fragt, ob die Förderung der Verbraucherschutzzentrale in gleicher Höhe bleibe. Senatorin antwortet, das sei das Ziel, sei aber letztendlich eine Entscheidung des Parlaments. Rainer Bensch bittet um eine Vorlage für die Deputation, sobald der strukturelle Umbau des Verbraucherschutzes abgeschlossen sei. Außerdem fragt Herr Bensch, ob er richtig verstanden habe, dass nun eine gleichberechtigte Stelle neben Abteilungsleiterin Silke Stroth geschaffen würde. Der Staatsrat und die Senatorin versprechen einen entsprechenden Bericht. Die Senatorin erklärt, dass Frau Stroth die Abteilungsleiterin bleibe, nur eine neue Stelle – eine Art Stabsstelle – für die Koordination und Kommunikation geschaffen würde. Stephanie Dehne (SPD) betont, dass sie den Plan der Senatorin als sehr sinnvoll betrachte, da sehr viele verschiedene Personen bereits heute mit Verbraucherschutz zu tun hätten, nur eben nicht in Form von ganzen Stellen, sondern mit Stellenanteilen. Da sei es sinnvoll jetzt nicht einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Referaten zu versetzen, sondern in Form einer solchen Stabsstelle zu koordinieren.

Dr. Dr. Magnus Buhlert fragt, wann dieser Prozess abgeschlossen sei. Die Senatorin erklärt die Behörde arbeite an diesem Thema und verspricht eine zügige Umsetzung. Als Senatorin hat sie ein großes Interesse daran, dass die Expertise und das Fachwissen im Bereich Verbraucherschutz in den einzelnen Referaten besser koordiniert und kommuniziert würde zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher im Lande Bremen – das sei auch im Interesse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Senatorin sagt, dass sie so schnell wie möglich die Deputation informieren werde.

Staatsrat Kück berichtet kurz über das weitere Verfahren in Bezug auf die Übernahme der Aufgabe der Bestattung Herrenloser Leichen (Sozialleichen) ab dem 1. Januar 2016. Nach den Diskussionen sowohl in Deputation als auch der Bürgerschaft hat er den Vertreter des UKE aus Hamburg als auch den Vertreter der MHH aus Hannover zu einem abschließenden Gespräch zu sich eingeladen. Auf der Basis der dann präsentierten Vorstellungen wird die Senatorin eine abschließende Entscheidung treffen und der Deputation gegenüber bekannt geben.

Magnus Buhlert erklärt, dass die Berichtsbitte über den „Krisendienst“ am 27.11. komme.

---

Vorsitzender

---

Protokollführer

Die Senatorin für Wissenschaft,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 361-9540  
Fax: 496-9540

S-4

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

**Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bürgerschaft sowie der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (19. Legislaturperiode)**

**Stand: 18.11.2015**

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungs- stand
1.	Folgeauftrag Bericht zum SpSD/Krisendienst (Vorlage Herr Mosch)	10.07.2014	November 2015	41	
2.					